

Ernst Stocker soll noch nicht gehen

Die Zürcher SVP will keinen Personalwechsel bei den Regierungsratswahlen

ZENO GEISSELER, RAFFAELA ANGSTMANN

Die Zürcher SVP setzt auf Konstanz statt auf Erneuerung: Wie die Partei am Montag bekanntgegeben hat, sollen ihre beiden Mitglieder in der Kantonsregierung für eine weitere Amtszeit kandidieren. Sowohl die Gesundheitsdirektorin Natalie Rickli als auch der Finanzdirektor Ernst Stocker sollen nochmals antreten. Dies ist vor allem im Fall Stockers eine Überraschung. Er ist das älteste Mitglied der Kantonsregierung und heute bereits im Pensionsalter; im Wahljahr 2023 feiert er seinen 68. Ge-



Ernst Stocker
Zürcher
Finanzdirektor

Natalie Rickli
Zürcher Gesund-
heitsdirektorin

einschneidende Folgen für den Kanton Zürich mit sich bringen werde.

Dass Stocker aus Altersgründen langsam gehen sollte, ist für die SVP kein Thema. «Schauen Sie ihn an, wirkt er alt auf Sie?», fragt der Parteipräsident. «US-Präsidenten sind älter, wenn sie erstmals gewählt werden!» Überlegungen, wonach der Finanzdirektor nochmals antreten müsse, weil der Partei ganz einfach ein valabler Ersatz fehle, weist Fischer zurück. «Es gibt ein Feld mit guten Kandidaturen. Sollte Ernst Stocker nicht mehr kandidieren, wären wir bereit.» Fischer räumt aber ein, dass strategische Überlegungen selbstverständlich mitspielen. «Es geht darum, die bürgerliche Mehrheit im Regierungsrat zu sichern. Ernst Stocker leistet eine hervorragende Arbeit, er ist respektiert und geschätzt. Auch die Wirtschaftsverbände haben alles Interesse daran, dass er bleibt.»

Nicht überraschend ist, dass auch Natalie Rickli nochmals antreten soll. Sie

ist erst seit 2019 im Amt und mit Jahrgang 1976 noch weit vom Pensionsalter entfernt. Rickli stand in den vergangenen Jahren vor allem wegen der Bewältigung der Corona-Krise im Rampenlicht. Sie ist als Gesundheitsdirektorin die oberste kantonale Verantwortliche für die Umsetzung der Anti-Pandemie-Massnahmen. Obwohl sich in der SVP viele Massnahmenkritiker finden, ist Rickli parteiintern wenig umstritten.

Eine offizielle Nomination von Rickli und Stocker ist die Mitteilung der SVP vom Montag nicht. Die Partei spricht eher von einer Bitte: Sie «ersuche» Stocker und Rickli, nochmals anzutreten. Stocker selbst will sich heute noch nicht offiziell festlegen. Zur Frage der Kandidatur schreibt er in einem Statement, dass er sich über das Vertrauen seiner Partei freue. Er werde es «in seine Überlegungen zur Entscheidungsfindung einfließen lassen». Zur Frage einer erneuten Kandidatur werde er sich zu gegebener Zeit äussern.

Bis wann die SVP entscheiden wird, mit wem sie bei den Wahlen antritt, ist offen. Nicht einmal er selbst wisse es, sagt der Parteipräsident. «Wir warten auf ein Signal Ernst Stockers. Wir geben ihm die Zeit, die er dafür benötigt. Es liegt im Wesen der Exekutivpolitiker, dass sie gerne selbst den richtigen Zeitpunkt festlegen wollen. Das respektieren wir.»

Die Interessenten der SP haben noch Zeit bis zum 20. Februar, um ihre Ambitionen für den Regierungsrat anzumelden. Am 2. April nominiert die Partei offiziell

ihre Kandidaten. Die Sozialdemokraten möchten ihren zweiten Sitz zurückholen, sagt die Zürcher Co-Präsidentin und Nationalrätin Priska Seiler Graf. Diese Entscheidung sei unabhängig von einer Kandidatur Mario Fehrs gefällt worden, der im Juni 2021 aus der Partei ausgetreten war. Jacqueline Fehr wird wohl erneut antreten. Seiler Graf hat ihr Interesse am Amt bekundet und bestätigt nun: «Ich werde eine Bewerbung einreichen.»

GLP gibt sich kämpferisch

Die Mitte wird voraussichtlich am 30. März ihre Nomination bekanntgeben. Ihr erklärtes Ziel: den Sitz halten. Für den Fall, dass Bildungsdirektorin Silvia Steiner nicht erneut antritt, würde die Partei auf erfahrene Persönlichkeiten setzen, sagt Nicole Barandun, Zürcher Co-Präsidentin Die Mitte.

Die Grünliberalen wollen antreten und geben sich kämpferisch. Sie planen, mit einer bekannten Person ins Rennen zu steigen. Nicola Forster, Zürcher GLP-Co-Präsident, verweist auf ein breites Kandidatenfeld von bekannten Vertreterinnen und Vertretern aus dem National- und Kantonsrat. Die Partei will spätestens im Frühsommer einen Namen präsentieren.

Die FDP wird diesen Dienstag entscheiden, wer für die Freisinnigen einen zweiten Sitz ergattern soll. Zur Wahl stehen der Avenir-Suisse-Direktor Peter Grünenfelder und der Gemeindepräsident von Küsnacht, Markus Ernst.

Ein Vorkämpfer für die Industriekultur

Hans-Peter Bärtschi ist tot

PETER NIEDERHÄUSER

Wie viel «Zuvielisation» darf es in unserem Alltag sein? Diese Frage beschäftigte den Architekten, Fotografen, Zeichner, Industriearchäologen, Autor und Weltenbummler Hans-Peter Bärtschi immer wieder. Unheilbar krank, schied er kurz vor seinem 72. Geburtstag am letzten Mittwoch aus dem Leben.

Er hinterlässt ein ebenso riesiges wie vielfältiges Erbe: rund 380 000 Fotografien, unzählige Publikationen und Gutachten, aber auch Ausstellungen, Informationstafeln und Dutzende von Vereinen,



Hans-Peter Bärtschi
(1950–2022)
Architekt und
Industriearchäologe

die auf seine Initiative zurückgehen. Als weltweit vernetzter «Vater» der Schweizer Industriearchäologie hat Bärtschi den Blick für das industriekulturelle Erbe sensibilisiert, das lange Zeit weder beachtens- noch erhaltenswert schien.

Den Wandel dokumentiert

Ausgehend von Winterthur, wo er in einem Arbeiterhaushalt im Tössfeld aufwuchs, entdeckte Bärtschi Schritt für Schritt die Welt. Bereits als jugendlicher begeisterter Eisenbahnfan, dokumentierte er auf immer ausgedehnteren Reisen mit Fotos, Skizzen und Notizen den langfristigen Wandel. Dieses Engagement verband sich schon bald mit der Abgrenzung von der bürgerlichen Gesellschaft. Als überzeugter Maoist, wie es in seiner autobiografischen Schrift «Der Osten war rot» nachzulesen ist, trat er hartnäckig für seine Ideale ein. Kein Wunder, war ihm eine «normale» Laufbahn verwehrt – was sich aber für seine grenzüberschreitende Arbeit nachträglich als Vorteil herausstellen sollte.

Nach einem Architekturstudium und einer vielbeachteten Dissertation über die städtebauliche Entwicklung von Zürich Aussersihl entschloss sich Bärtschi unter dem Druck der Umstände zur Eigenständigkeit. Sein 1979 gegründetes Büro Arias (Architektur, Industriearchäologie, Stadtentwicklung) wurde auch dank dem Credo, dass Vergangenheit Zukunft habe, erste Adresse für jene Fragen, die in dieser Zeit entdeckt wurden und uns bis heute beschäftigen. Was genau ist das industrielle Erbe der Schweiz? Wie soll mit Industriearchiven umgegangen werden? Wo befinden sich Zeugen dieser Industriegeschichte?

In beharrlicher Kleinarbeit und nicht zuletzt dank der Unterstützung seiner Frau Sylvia Bärtschi-Baumann trug der Industriearchäologe ein immenses Wissen zur jüngeren Geschichte der Schweiz zusammen. Damit nicht genug: Über Exkursionen, Vorträge, Ausstellungen, Zeitungsartikel und Bücher trug Bärtschi seine Anliegen in die Öffentlichkeit.

Initiator von Lehrpfaden

Er initiierte zahlreiche Industriehlehrpfade oder lancierte den Verein Inbahn, der unter anderem in der Nagelfabrik in Winterthur Führungen anbietet. Er begleitete die Umnutzung der Mühle Tiefenbrunnen in Zürich oder lieferte die Dokumentation für die Kandidatur der Rhätischen Bahn als Unesco-Weltkulturerbe.

Der unermüdete, mehrfach preisgekrönte Kämpfer für das industrielle Erbe der Schweiz konnte mit seinem kompromisslosen Einsatz zahlreiche Erfolge verbuchen, stiess aber auch an Grenzen, nicht zuletzt der Gesundheit. Zurück bleibt ein eindrückliches Lebenswerk, das von der Stiftung Industriekultur und vom Bildarchiv der ETH-Bibliothek betreut wird und das dafür sorgt, dass der Industriearchäologe noch lange in Erinnerung bleiben wird.

Die Zürcher SVP hat ein Problem

Kommentar auf Seite 19

burtstag. Allgemein war damit gerechnet worden, dass die SVP für Stocker eine Nachfolgerin oder einen Nachfolger präsentieren würde.

«Bürgerliche Mehrheit sichern»

Doch jetzt soll es Stocker nochmals richten. Die Partei sagt, dass die Finanzdirektion angesichts der Herausforderungen der kommenden Zeit von einem erfahrenen Politiker geführt werden müsse. Die SVP nennt namentlich die Steuerreform der OECD, welche

Parlamente debattieren künftig eine Etage höher

Der Regierungsrat will bei der Sanierung des Rathauses mehr Platz für die Volksvertretung gewinnen

STEFAN HOTZ

Im März ist es zwei Jahre her, dass der Zürcher Kantonsrat wegen der Corona-Pandemie auf das Messeareal nach Oerlikon umzog. Dort steht mehr Platz zur Verfügung, um zwischen den Pulten genügend Abstand zu halten. Ins Rathaus können Kantonsrat und Zürcher Gemeinderat aber frühestens 2027 zurückkehren, weil es zuerst noch saniert wird. In einem Jahr beziehen sie ein Provisorium in der Bullingerkirche im Kreis 4.

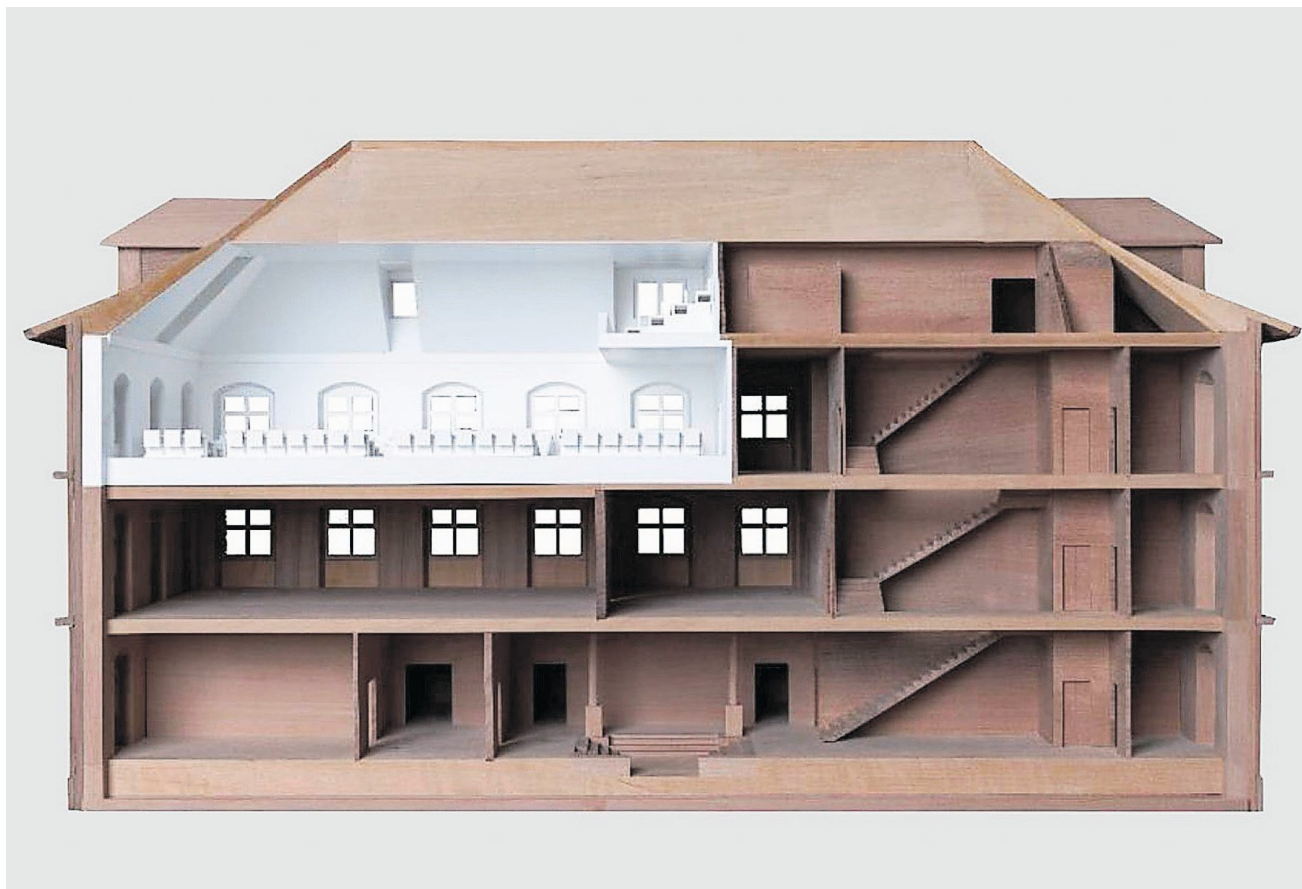
Am Montag hat Baudirektor Martin Neukom am Ende der Kantonsratssitzung über die abgeschlossene Machbarkeitsstudie informiert. Vorgeschlagen wird darin ein grösserer Eingriff in das Gebäude als erwartet. Denn das Ende des 17. Jahrhunderts erbaute Rathaus steht umfassend unter Schutz.

Prekäre Sicherheitslage

Heute nimmt der Parlamentssaal in der südlichen Hälfte des Baus das erste und das zweite Obergeschoss in Anspruch. Das zur Umsetzung empfohlene Szenario sieht nun vor, hier eine Zwischendecke einzuziehen. Dafür würde der Saal, neu im zweiten Geschoss, um den Dachraum erweitert, in den auch die Zuschauertribüne eingebaut würde. Auf diese Weise gewinnt man etwa 50 Quadratmeter oder 25 Prozent Quadratmeter Fläche zusätzlich. Sehr viel macht das allerdings nicht aus, wie der Vergleich zeigt: Bis zur Pandemie mussten die Kantonsrätinnen und Kantonsräte mit einem Quadratmeter pro Person vorliebnehmen. In Oerlikon sind es heute 4,6 Quadratmeter pro Person.

Im erwähnten Szenario sind es künftig 1,3 Quadratmeter pro Kopf. Lässt man den Saal unverändert, kann man mit einer besseren Möblierung den Platz lediglich auf 1,1 Quadratmeter pro Kopf vergrössern. Die neuen Sitzreihen und die Pulte konnten die Ratsmitglieder am Montag auf einem Vorfürmodell im Ratsfoyer in Oerlikon ausprobieren.

Die engen Platzverhältnisse sind aber nur eines der Probleme. Die Sicherheitslage im Falle eines Brandes oder bei einem Überfall wie 2001 in Zug ist relativ prekär. Vorgesehen ist deshalb auf



In Weiss der künftige Ratssaal im zweiten Geschoss samt Dachraum.

ILLUSTRATION BAUDIREKTION DES KANTONS ZÜRICH

der Seite Limmatquai der Einbau eines abgeschotteten Fluchttreppenhauses. Auch sollen die Zutrittskontrolle sowie die technischen Überwachungsanlagen umfassend erneuert werden.

Unverändert soll das Zürcher Rathaus, das in der Limmat steht, aber nur über einen Eingang verfügen. Geprüft wird allerdings noch die Möglichkeit eines unterirdischen Verbindungstunnels zur nahen Wache der Kantonspolizei.

Insbesondere die SP liebäugelt seit längerem mit dem Bau eines neuen Rathauses. 2019 lehnte der Rat jedoch ihre Motion für ein Haus der Demokratie deutlich ab. Die Fraktion habe noch keine abschliessende Meinung, sagte ihr Präsident Markus Späth am Montag. Persönlich findet er: «Wenn man sich dafür entscheidet, im Rathaus zu bleiben,

dann liegt nun eine gute Idee vor.» Inakzeptabel ist für Späth aber aus Sicherheitsgründen, dass kein zweiter Zu- und Ausgang vorgesehen ist. Und 30 Millionen Franken seien für eine suboptimale Lösung sehr viel Geld.

Kein Referendum möglich

Baudirektor Martin Neukom gab bei der Präsentation zu bedenken, dass eine weitere Treppe, allenfalls äusserlich, oder ein zusätzlicher Eingang baurechtlich nicht machbar wäre. Zur Frage eines neuen Rathauses meinte er, dass das erheblich länger dauern würde als bis 2027 und wesentlich mehr kosten würde.

Derzeit beläuft sich die Schätzung für die Sanierung auf etwa 20 bis 30 Millionen Franken. Weil es um eine Sanierung

geht, handelt es sich um gebundene Kosten. Diese fallen an sich in die abschliessende Kompetenz der Regierung.

Natürlich könne nicht sein, dass das Parlament als hauptsächlicher Nutzer dazu nichts zu sagen habe, erklärte Neukom. Der Weg, das Parlament über eine Kreditvorlage einzubinden, erwies sich allerdings rechtlich als nicht gangbar.

Die Lösung ist nun sehr ungewöhnlich: Die Regierung unterbreitet das Vorhaben nicht als Antrag, sondern in einem Schreiben dem Kantonsrat, der dieses im Frühling beraten wird. Seine Zustimmung wäre gleichbedeutend mit dem definitiven Beschluss, wieder in das Rathaus zurückzukehren. Das bedeutet jedoch auch, dass gegen diesen Grundsatzentscheid kein Referendum möglich ist.